

Wir empfehlen eine Veranstaltung der AANO:

Das Menschenrecht:

Rechtfertigung bürgerlicher Herrschaft mit der „Natur“ der Beherrschten

Vortrag & Diskussion

Referent: Ussi Taraben (Redaktion GEGENSTANDPUNKT)

Donnerstag, 24. Oktober 2013, 19 Uhr · Universität Hamburg,
Hörsaal des Fachbereichs Erziehungswissenschaften (PI), Von-Melle-Park 8

Es heißt, jeder Mensch habe, auch wenn er vielleicht im Einzelfall sonst nicht viel mehr hat, auf jeden Fall ein paar Rechte: Menschenrechte.

Nach allgemeiner Auffassung ist deren wichtigste Eigenschaft, dass sie auch und gerade für den Staat bindend seien, der ja ansonsten die Instanz ist, die bestimmt, welche Rechte und Pflichten wem zukommen. In den Menschenrechten soll also nicht weniger als eine Dienstvorschrift für die Ausübung hoheitlicher Gewalt vorliegen.

Nach ebenso allgemeiner Auffassung ist das eine hervorragende Sache, weil der Mensch sonst schutzlos der Allmacht staatlicher Gewalt ausgeliefert sei. Mit dem Menschenrecht aber seien Staaten bzw. deren Amtsträger bei der Ausübung der ihnen übertragenen Amtsgewalt auf bestimmte Vorfahren und Grenzen verpflichtet.

So groß ist die allgemeine Freude über die Selbstverpflichtung moderner demokratischer Staaten auf die Einhaltung dieser menschlichen Naturrechte, dass sie sich durch die paar Fragwürdigkeiten nicht trüben lässt, die in dieser humanistischen Idee natürlicher Gattungsrechte immerhin auch enthalten sind:

– Die Natur soll den Menschen mit einer handvoll Schutzrechten vor staatlicher Willkür ausgestattet haben: Woher weiß die Natur, dass der Mensch einem Staat unterworfen ist? Und wie kommt sie darauf, dass

der von sich aus die Leute zu unterjochen trachtet, wenn ihm keine Schranken gesetzt sind?

– Eine vollständige Verschonung vor staatlicher Gewalt versprechen auch die Menschenrechte nicht. Aber welches Maß an Schonung vorstaatlicher Gewalt soll denn der Natur des Menschen entsprechen?

– Ein moderner Staat lobt sich dafür, dass er das Menschenrecht einhält. Nur: Wenn schon der Staat ohne menschenrechtliche Fesselung ein einziger unmenschlicher Willkürapparat sein soll – spricht das dann wirklich für ihn?

– Und wenn der Staat für die Menschen nur dadurch überhaupt erträglich sein soll, dass das Menschenrecht ihm so manches verbietet – sollte das nicht ein paar Zweifel an dem aufkommen lassen, was er sich im übrigen so alles erlaubt?

Vielleicht ist ja die große aufklärerische Idee eines menschlichen Naturrechts, das staatliche Gewalten bindet, tatsächlich nicht mehr als eben dies: theoretisch eine einzige Paradoxie und praktisch zu nichts anderem nütze als zur Verherrlichung genau der Gewalt, die neuzeitliche Staaten für die Durchsetzung ihrer Zwecke für angebracht halten.

Armutsmigration.....Seite 2
Neuerscheinung: Demokratie.....Seite 3
Gegenstandspunkt 3-2013.....Seite 4

Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien

Vom Nutzen und Schaden der Armutsmigration

Ab 2014 gilt für Rumänen und Bulgaren die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit – das heißt, sie können in jedem EU-Land eine Stelle annehmen, auch in Deutschland. Schon im Vorfeld warnen demokratische Politiker, sekundiert von den wie immer auf der vollen Höhe der Problemlage von Staat & Nation agitierenden Medien davor, dass Deutschland dann vor dem Problem einer massiven „Armutseinwanderung“ stehen würde. Schlecht ausgebildet, oft krank und/oder kriminell drohe die osteuropäische Überbevölkerung, zu einem großen Teil aus Roma bestehend, Deutschland zu überfluten, wo sie dann in verwahrlosten Immobilien und provisorischen Unterkünften hausen, sich für Hungerlöhne anheuern lassen oder sich gleich ganz auf Bettelei und allerlei Arten von verbrecherischen Umtrieben verlegen würden. Diese Einschätzung gilt in unserer pluralistischen und offiziell so ausländerfreundlichen Öffentlichkeit weder als bössartig noch als Vorurteil. Woher dieses Elend rührt, wie es dazu kommt, dass es in der EU „Exportweltmeister“ gibt und gleich daneben andere Staaten, die hauptsächlich „Armutsfüchtlinge“ produzieren, darf da nicht weiter interessieren; und schon gar nicht, dass vielleicht die Armut im Südosten der EU etwas mit der Reichtumsproduktion beim Exportweltmeister BRD zu tun haben könnte. Deutschland kommt ganz anders ins Spiel – als *Opfer* dieser Menschenmassen, die ganz einfach nicht berechtigt sind, dieses vornehmlich echt deutschen Menschen vorbehaltene Land zu überschwemmen, bloß weil ihnen daheim jede Existenzgrundlage genommen worden ist. Der christlich-soziale Innenminister hält Gegenmaßnahmen auf europäischer Ebene für geboten: Einreisesperren, Abschiebemöglichkeiten, jedenfalls bloß nicht die Freizügigkeit, die sonst für Europas Bürger gilt. Bedenken über die fehlende Eignung der neuen Mitgliedsländer als florierende Kapitalstandorte gab es schon bei ihrem Beitritt 2007. Damals aber wollte die EU die historische Chance nicht verstreichen lassen, ihren Machtbereich bis an die russischen Grenzen ausweiten zu können. Mit den beiden Schwarzmeer-Anrainern reicht sie nun bis in die direkte Nachbarschaft Zentralasiens und der kaspischen

Ölregion. Das war der unbestreitbare strategische Nutzen für die europäische Staatenunion. Zugleich sollten die neuen Mitgliedsländer aber nicht nur territorial, sondern auch kapitalistisch eingemeindet werden und sich – zumindest perspektivisch – zu prinzipiell tauglichen Geschäftsstandorten herrichten. Jetzt, 7 Jahre später, sind aus den beiden Beitrittsstaaten keine blühenden Kapital-Landschaften geworden, sondern rundum defizitäre Problemfälle. Ihre aus den planwirtschaftlich orientierten Strukturen des Realen Sozialismus herausgewachsenen Ökonomien besitzen gar nicht die Fähigkeit und die Mittel, den Konkurrenzanforderungen des internationalen Geschäfts zu entsprechen – genau diese Mittel besitzen ihre EU-Nachbarn, allen voran Deutschland, dafür um so mehr.

Fragen, Kritik, Anregungen?

info@gegenargumente-hamburg.de
oder info@gsp-hamburg.de

Diesen Konkurrenzkampf haben die beiden Neuzugänge also gleich verloren. Durchaus folgerichtig ist darum die ökonomische Restnutzung der noch vorhandenen Industriekerne und die armselige Zahlungsfähigkeit von 30 Mio neuen EU-Mitbürgern samt ihrer billigen Arbeitskraft vorwiegend von der europäischen Geschäftswelt eingefahren worden und nicht von den Beitritts-Staaten selbst. Herausgekommen ist der Ruin ihrer bisherigen Lebensgrundlagen, eine kleine Schicht von Oligarchen, die am auswärtigen Geschäftserfolg partizipieren und eine große Zahl von ökonomisch unbenutzter und darum als nutzlos erachteter Überbevölkerung, der nun auch noch die letzten Subsistenzmittel ausgehen. Zu den ersten Opfern dieser Verelendung haben dabei diejenigen gezählt, die auch schon vorher schlecht gelitten und ausgegrenzt waren. Während es den alten Regierungen noch ein Anliegen war, die Roma in ihre sozialistischen Volksrepubliken zu integrieren, sind sie in ihren Heimatländern inzwischen wieder ohne jede Perspektive, von Schulbildung, Ar-

beit und Gesundheitsversorgung ausgeschlossen und dem militanten Rassismus von Teilen der Bevölkerung ausgesetzt. Auf der Suche nach irgendeiner Art von Auskommen wählen nun immer mehr von ihnen den Weg, das perspektivlose Elend zuhause gegen die Aussicht auf eine existenzsichernde Ausbeutung durchs Kapital in Deutschland zu tauschen. Dort steht ihnen eine Weltgegend vor Augen, in der das Geld zu Hause ist, und damit die Gelegenheit, welches zu verdienen. Und siehe da: Mitten in der schönsten Demokratie erwartet sie dann eine andere Form von Diskriminierung mit für sie bitteren Konsequenzen.

Deutschland entdeckt nämlich anlässlich der vielen „Armutsfüchtlinge“ eine neue „Zigeunerfrage“ und eine Schattenseite der Freizügigkeit innerhalb Europas, die man sich nicht bestellt haben will. Dabei profitiert die deutsche Wirtschaft sehr wohl von der Arbeitnehmerfreizügigkeit und rekrutiert darüber Fachkräfte und Akademiker aus ganz Europa. Der Krisengewinner Deutschland schöpft qualifizierte Arbeitskräfte aus den Ländern ab, die die Krisenkonkurrenz verloren haben, z.B. aus Spanien und Griechenland, wo große Teile gut ausgebildeter Jugend mangels Wirtschaftserfolgen keine Anstellung finden. Dergleichen soll auch in Bulgarien und Rumänien zu holen sein und wäre soweit hier durchaus erwünscht. Aber auch von dem weniger gut ausgebildeten Teil der Überflüssigen aus diesen Ländern kann ein anderer Teil deutscher Wirtschaft durchaus profitieren. Der Zugriff auf Hungerlöhner, die sich für minimales Geld ausbeuten lassen, weil sie aufgrund ihrer absoluten Armut völlig alternativlos zu den schäbigsten Arbeitsangeboten erpressbar sind, ist für eine ganze deutsche (Schatten-)Wirtschaft attraktiv. Sie bevölkern die Sphären des kapitalistischen "Straßenstrichs für Tagelöhner", ohne jede Absicherung und Rechtsschutz. Und sie befähigen deutsche Grundbesitzer dazu, noch die letzten verlausten Löcher für teuer Geld zu vermieten. Deutsche Großbaustellen, „überschussorientiert“ wie sie nun mal sind, verschleifen in zunehmendem Umfang osteuropäische Billigstarbeiter zu elenden Bedingungen. Sie treffen dabei

auf viel Wohlwollen seitens des Staates, der sie bei ihrem Tun nur selten mit Stichprobenkontrollen belästigt. Auch solche illegalen Beschäftigungsverhältnisse dienen der deutschen Konkurrenzfähigkeit. Allfällige Geldbußen lassen sich dann schon ins richtige Verhältnis zur Arbeitskosten-Ersparnis setzen.

Weniger attraktiv sind dem gegenüber die „Armutsmigranten“, die nach Deutschland reisen, ohne von deutschen Arbeitgebern bei Ankunft abgeholt zu werden. Dieses Reservoir der Elendsgestalten, die niemand bestellt hat, versucht dennoch, sich hier irgendeine Sorte Existenz zu schaffen und greift dabei zu den entsprechenden Lebens- und Überlebensstrategi-

en. Und im Unterschied zu den Verzweifelten, die auf Nusschalen und Seelenverkäufern ihr Leben riskieren, um die Schengen-Grenzen zu überwinden, liegt zwischen ihnen und den Metropolen des europäischen Kapitalismus noch nicht mal ein Mittelmeer, wo man sie ersaufen lassen kann.

Deutschland steht also vor einem doppelten Resultat: Einerseits werfen die unerwünschten Zuwanderer immerhin den *Kollateralnutzen* ab, dass die Ausgemusterten von ganz Europa als Quelle zur Mehrung des eigenen Standortvorteils zur Verfügung stehen: dafür ist die Freizügigkeit in Europa gut und dienlich und dafür könnten auch Roma kommen; dem steht

der *Kollateralschaden* gegenüber, dass mit dem Heer der Benutzbaren auch das womöglich noch größere Herr der Unnützen dazu kommt. Für diese Opfer ihrer Geschäftserfolge fühlen sich die deutschen Standortverwalter nicht zuständig. Es bleibt den Armenhäusern an der europäischen Peripherie überlassen, den Teil ihrer Insassen vor Ort zu verwalten und gegebenenfalls ausbruchssicher zu verwahren, für den es hierzulande keine Verwendung gibt.

Der deutsche Innenminister denkt jedenfalls schon einmal laut darüber nach, dass an der Freizügigkeit innerhalb Europas in diesem Sinne erheblicher Korrekturbedarf besteht.

- Anzeige -

Neuerscheinung!



Freie Wahlen werden amtlich als Kernstück der Demokratie geschätzt. In der Demokratie, heißt es, wird nicht einfach regiert – das Volk erteilt per Abstimmung den Auftrag zur Wahrnehmung der Staatsgeschäfte. Weniger amtlich betrachten Politiker wie Wähler diese Veranstaltung ohne solche Ehrerbietung. Demokratische Politiker nehmen Wahlen nüchtern als Bedingung und Gelegenheit, auf Kosten der Konkurrenten an die Macht zu gelangen. Und mündige Bürger haben Wahlen längst als Schwindel durchschaut. Wählen gehen sie selbstbewusst ohne Illusionen, damit etwas zu „bewirken“ oder zu „verändern“.

Sowohl die hohe Meinung über die hehren Grundsätze demokratischer Machtausübung wie auch das abschätzigste Urteil über die praktische Betätigung des Volkswillens übergehen allerdings, was das Institut der freien Wahlen tatsächlich leistet: Mit den Wahlkreuzen legitimiert sich immerhin eine Herrschaft, die sich auf ihre Unabhängigkeit von ihrer Basis – vom ‚Druck der Straße‘ – viel zugute hält und von ihrer Freiheit regen Gebrauch macht. Und auch wenn es

aufgeklärten Zeitgenossen ‚letztlich doch egal‘ ist, von wem sie regiert werden; egal sollte es ihnen nicht sein, dass sie von ihrer demokratisch gewählten Herrschaft alle Lebensbedingungen serviert bekommen, mit denen sie praktisch zurechtkommen müssen.

ISBN 978-3-929211-13-9, 241 Seiten, € 14,80 – erhältlich ab September im Buchhandel oder direkt beim GegenStandpunkt-Verlag, Kirchenstr. 88, 81675 München, Tel. 089 - 272 16 04, email: gegenstandpunkt@t-online.de, www.gegenstandpunkt.com

- Anzeige -

Neu im Buchhandel

GEGENSTANDPUNKT
Politische Vierteljahresschrift

3-13

Europäische Perspektiven
für das verflixte siebte Jahr der Weltfinanzkrise

Europäischen Krisenkonkurrenz
Frankreich ringt um sein europäisches
Weltmachtprojekt

Edward Snowden enthüllt die Dimension
der Überwachung des Globus durch US-Geheimdienste

Volksaufstand, Wahlen, Putsch ... in Ägypten

Anlässlich der Fabrik-Katastrophen in Bangladesch:
Mit „Fair Trade“ die Welt verbessern!

Kultur – wie geht das?

Die IG Metall und ihr Kampf um Arbeitsplätze
Die Massenproteste in der Türkei und Brasilien bekommen
überwiegend gute Noten vom deutschen Demonstrations-TÜV
Griechenlandrettung: ein Akt von Volksfürsorge
Das Hochwasser: eine Sternstunde der Nation
Hungerstreikende Asylbewerber in München
Der Papst prangert die Indolenz der Welt
gegenüber dem Flüchtlingseiland an
Detroit: Kapitalismus ist Schicksal
Enthüllung: Doping für die nationale Ehre der Nation

Aus dem Inhalt:

Frankreich ringt um sein europäisches Weltmachtprojekt

Die Weltfinanzkrise hat inzwischen in Europa – in unterschiedlichem Maß – die Staaten beschädigt. Die Masse an Euro ist, das ist kein Geheimnis, kein Ausweis gelungener kapitalistischer Geschäfte. Sie verdankt sich hoheitlicher Kreditmacht, die die fallierenden Vermögen der Banken gerettet hat. Im Gefolge davon leiden viele Euro-Staaten unter einer untragbaren Schuldenlast und drohen ihren Kredit zu verlieren. Mindestens genauso bzw. in ihren Augen viel mehr leiden sie allerdings im Europa des gemeinsamen Geldes an der von Deutschland als Konkurrenzgewinnler in Europa dominierten Krisenpolitik. Schon gleich die zweite Führungsmacht, Frankreich sieht sich in seinem Europa-Programm durch Deutschland betroffen und herausgefordert. Frankreichs Europa-Politik zielt nämlich seit je auf eine weltpolitische *Machtrolle* Europas unter der Regie Frankreichs in Alternative zum Projekt einer europäischen *Wirtschaftsmacht* unter deutsche Führung. Dafür braucht und strapaziert die „Grande Nation“ ihren Kredit, plädiert für einen freieren hoheitlichen Gebrauch staatlicher Kreditmacht und das alles

mit der Perspektive, Europa durch die Wahrnehmung militärischer ‚Verantwortung‘ als ein globales Machtzentrum zu etablieren. Damit stößt Paris an die Schranken einer deutschen Krisenpolitik, die die Staaten auf ‚Solidität‘, die Beglaubigung ihres Kredits durch das Finanzkapital, und damit auf eine restriktive Haushaltspolitik festlegt, die sich strikt an dessen Ansprüchen ausrichtet. Und seine europäische Machtambition beißt sich an einem Deutschland, das sich strategisch nach wie vor am Bündnis mit den USA ausrichtet.

Ägypten: Der Kampf zwischen religiösen Sanierern und militärisch-säkularen Bewahrern eines unhaltbar gewordenen Staatsprojekts

Ägypten kommt ‚nicht zur Ruhe‘; das Volk nicht, aber auch die staatsbestimmenden Kräfte nicht. Die überkommene zivile Staatselite und das Militär haben die Gewählten aus dem Kreis der Muslimbrüder entmachtet. Das wird je nach Geschmack als unbilliger Putsch oder als unvermeidliche Rettung und neue Chance für eine demokratische Befriedung des Landes gewertet. Allerdings gehen alle Aufrufe, es sei endlich an der Zeit für eine ‚friedliche Einigung‘, davon aus, dass eine Versöhnung nicht absehbar ist. Der GEGENSTANDPUNKT erläutert ausführlich, welche politischen Gegensätze dort ausgetragen werden, welche nationalen Programme da gegeneinander stehen, und warum sie Volk und Führung in verfeindete Fraktionen spalten. Er gibt ferner Auskunft darüber, wie widersprüchlich ein in den Weltmarkt eingebundenes Land wie Ägypten sich als Staat erhält und wie folgerichtig es daher in einem andauernden Machtkampf zerfällt.

Edward Snowden: Böse Wahrheiten über die hochgelobte Freiheit – und deren demokratische Bewältigung

Der ehemalige Geheimdienstmitarbeiter wird an seinem Arbeitgeber irre und liefert der Welt die „größte Enthüllung in der Geschichte des US-Nachrichtengeheimdienstes NSA“ und Enthüllungen über die umfassende Überwachung der Bürger durch

andere Geheimdienste gleich mit. Die politischen Reaktionen und die aufgeregten öffentlichen Debatten über den unauflöselichen Zwiespalt von ‚Freiheit‘ contra ‚Sicherheit‘ lassen keinen Zweifel: Seine Veröffentlichungen betreffen nicht irgendein Feld der Politik, sondern einen Kernbereich auch und gerade demokratisch-freiheitlicher Staaten. Die staatlichen Stellen verteidigen die Eingriffe in die ansonsten natürlich respektierte Privatsphäre mit lauter besonderen Fällen der Bedrohung und setzen dabei Staats‚sicherheit‘ und ‚Schutz der Bürger‘ und ihres Lebens, das sie so umfassend durchleuchten, umstandslos in eins. Allerdings geben sie zugleich Auskunft darüber, dass sich ihr Kontrollbedarf keineswegs auf solche Fälle beschränkt, sondern dem Prinzip eines umfassend und mit allen modernen Kommunikationsmitteln zu sichernden staatlichen Überblicks über das Treiben der Bürger gehorcht. Nicht bloß Kontrolle im Einzelfall, sondern generelle Kontrollierbarkeit ist offenbar ein elementares Bedürfnis des Staats, der seinen Bürgern Freiheiten und eine Privatsphäre zugesteht und gewährt. Wie Freiheit und Sicherheit zusammenhängen und dass bürgerliche Freiheit von daher keineswegs ein über alle Kritik erhabenes Schutzgut ist, darüber klärt der Artikel auf.

ISSN 0941-5831 · 100 Seiten · 15 Euro
GEGENSTANDPUNKT-Verlag, Kirchenstr. 88,
81675 München, Tel. 089/27 21 604, Fax
089/27 21 605, www.gegenstandpunkt.com
E-Mail: gegenstandpunkt@t-online.de

In Hamburg ist der GEGENSTANDPUNKT in folgenden Buchläden erhältlich:

Heinrich Heine Buchhandlung, Grindelallee 26 · Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55 · Mühlenkamper Bücherstube, Peter-Marquart-Str. 11 · Buchhandlung Kurt Heymann, Eppendorfer Baum 27, Hudtwalckerstr. 35 und Osterstr. 134 · Buchhandlung Axel Lüders, Heußweg 33 · Comic-Laden Kollektiv, Fruchtallee 130 · Alice im Bücherland, Eppendorfer Weg 103 · sowie in den Buchläden am Hauptbahnhof/Bahnhof Altona und Airport Hamburg